

POSITIONEN DER ARMUTSKONFERENZ

GATS und Armut

Der Zugang zu sozialen Dienstleistungen und deren Qualität muss für alle unabhängig von Einkommen und Herkunft gesichert werden. Das heißt, den Angriff auf soziale Rechte stoppen und die öffentlichen Leistungen für Benachteiligte verbessern!

Öffentliche Güter beziehen ihre Legitimität und gesellschaftliche Anerkennung daraus, dass sie, von allen finanziert, auch allen in gleicher Qualität und Verfügbarkeit zugänglich sind. Ihre Bereitstellung bildet einen integralen Bestandteil nicht bloß des österreichischen, sondern des **europäischen Wohlfahrtsmodells**. Sie sind Ergebnis der politischen Konkretisierung abstrakter **sozialer Rechte**, zu denen das Recht auf soziale Sicherheit, Bildung, Wohnen, Arbeit etc. zu zählen sind.

Öffentliche Güter und Dienstleistungen bilden den **gesellschaftlichen Reichtum** einer Gesellschaft. Und sind **Ausdruck institutionalisierter Solidarität**. Einkommensschwache Menschen können Dienstleistungen in guter Qualität nicht kaufen. Sie haben keine Wahl. Insofern ist ihre Bereitstellung wesentliches Element einer **präventiven Politik gegen Armut**.

1) Poor services for poor people

Aus England oder den USA stammt das geflügelte Wort von den „Poor services for poor people“ - armselige Dienste für arme Leute. Konkret bedeutet das: Öffentliche schlechte, traditionelle Schulen für die Einkommensschwachen, private gut-ausgestattete Schulen für die Wohlhabenden. Staatliche, miese Gesundheitsversorgung für die Ärmere, private, engagierte Vorsorge für die Reichen.

2) Das Ende der Gemeinnützigkeit?

In den GATS-Abkommen sind die Qualität einer Dienstleistung, der Arbeits- und Gesundheitsschutz oder sozialpolitische Ziele nicht enthalten. Wenn Gesundheit, Bildung, u.ä. zur Ware werden, so ist das ein völlig anderer Vorgang, als wenn Warenhandel durch Abschaffung von Zöllen und Handelshemmnissen erleichtert wird. Ein gemeinnütziges und solidarisches Selbstverständnis, auch für die Einkommensschwächeren da zu sein, wird mit GATS unfinanzierbar.

3) Unterstützung für Schwächste wettbewerbsverzerrend?

Subventionen gelten aus dieser Perspektive als wettbewerbsverzerrend: Trägt ein Staat nicht durch eine Ausnahmeklausel für bestimmte öffentliche Dienste explizit Vorsorge, dann kann nicht ausgeschlossen werden, dass in Zukunft private ausländische Anbieter sich durch die Vorenthaltung öffentlicher Subventionen diskriminiert fühlen, und es zu Streitfällen vor dem WTO Schiedsgericht kommt. Gemeindewohnungen oder geförderte Wohnungen könnten beispielsweise in Zukunft damit als wettbewerbsverzerrend eingestuft werden

4) Halbierte Freiheit

Von Freiheit können wir erst sprechen, wenn sie auch die Freiheit der Benachteiligten miteinschließt. Liberalisierung, die die Wahlmöglichkeiten und Freiheitschancen der Einkommensschwächsten einschränkt, ist eine halbierte Freiheit.

5) Angriff auf soziale Bürger/innenrechte

Die Welthandelsorganisation (WTO) ruft nach flächendeckender Umwandlung von Bürgern in Kunden. Aus BürgerInnen mit Rechten und Pflichten werden Kunden mit Geld oder eben nicht. Das GATS-Abkommen soll soziale Dienstleistungen zur Ware machen. Gesundheit, Bildung, Altenpflege wird damit käuflich. Dieser Angriff auf universelle soziale Bürgerrechte ist fatal für die Einkommensschwächeren, deren Möglichkeit am Markt abzustimmen begrenzt ist.

6) Warum so heftige Kritik an GATS?

GATS dient der völkerrechtlichen Absicherung all dieser Tendenzen und Interessen. Die Auswirkungen auf Menschen im unteren Einkommenssegment spielen dabei keine Rolle.

Für eine Verbesserung öffentlicher Dienstleistungen!

Schon derzeit gibt es Probleme im Hinblick auf Zugang und Qualität sozialer Dienstleistungen für von Armut und Ausgrenzung bedrohter Menschen. Gleiche Zugangsbedingungen und gleiche Qualität für alle sicherzustellen bedeutet u.a.:

- Nachhaltige Maßnahmen und Qualifizierung für am Arbeitsmarkt Benachteiligte statt Schnell-siedekurse (Verbesserung von Qualität und Zugang)
- Zugang zu öffentlichem Verkehr für mittellose Menschen
- Aufhebung der Diskriminierung von MigrantInnen im Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen
- Sicherstellung von Zugang zu qualitätvollen Bildungsangeboten für alle.
- Gute, leistbare, zeitflexible und flächendeckende Kinderbetreuungsangebote